Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Für die Montag-Morgen-Ausgabe: Sonnabend Mittag.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 45. **Sonntag** den 26. Januar 1896. **90. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Ω. **Das Alltagsleben nach der Reichsfeier** ist durch lebhafte parlamentarische Thätigkeit ausgezeichnet. Der Reichstag hält täglich Sitzungen und in den zahlreichen Commissionen schreiten die Arbeiten ziemlich rasch vorwärts. Zu Beginn der Woche hat auch das preußische Abgeordnetenhaus die eigentlichen Geschäfte aufgenommen und — wunderbar zu hören — die erste Berathung des Etats in zwei Tagen erledigt. Den Anlaß scheinen die Mahnungen der Presse an die Landboten, der Kostspieligkeit ihrer Berathungen zu gedenken, gegeben zu haben. Auch die zwei Sitzungen reichten hin, um zu zeigen, daß man auf keiner Seite etwas Neues zu sagen hat oder zu sagen gewillt ist. Besonderes Interesse erregten nur die Erklärungen, die der Abg. von Kröcher zum Fall Hammerstein abgab. Wir haben dieselben im Auszug mitgetheilt. Nach dem in der „Kreuzzeitung" vorliegenden stenographischen Berichte modificirt sich das ursprünglich durchaus günstige Urtheil über die Auslassungen des conservativen Herrn in einigen Puncten. Aus ihm tritt schärfer als aus dem Auszuge der Pharisäerhochmuth hervor, der die conservative Partei sittlich höher als andere Parteien stellt. Nach Herrn v. Kröcher ist an den Schurkenstreichen Hammerstein's im Grunde nur bemerkenswerth, daß sie von einem Conservativen verübt worden sind, bei dem Angehörigen einer anderen Partei — das ist nicht ausdrücklich gesagt, aber mit herausfordernder Deutlichkeit als Schluß anheimgegeben — wäre über eine solche Geschichte kein Wort mehr zu verlieren. Diese Ueberhebung ist um so anstößiger, als Herr v. Kröcher sich über die Thaten des früheren Parteigenossen mit einem „Humor" ausließ, der nach unserer Empfindung mehr als einmal an Cynismus streift. Ueber die Bezichtigung des verstorbenen Rechnungsrathes Güthlein, den niederträchtigsten unter den niederträchtigen Streichen Hammerstein's, ließ sich Herr v. Kröcher wie folgt aus:

Ebenso (wie mit der Wechselfälschung) war es mit dem sogenannten Stöcker Fonds. Das erinnere mir, glaube ich, Anfang März oder Ende Februar. Es ist ja einmal ein Fonds für den Hofprediger Stöcker gesammelt worden, welcher dieser zu Stadtmissionszwecken bestimmte, und der ist in die Kreuzzeitungscasse abgeliefert worden, vielleicht weil die einen Geldschrank hat und Herr Stöcker keinen. Als dies Geld von Hammerstein zurückverlangt wurde, da sagte er: Das hat ein Beamter bei Seite gebracht, der nun todt ist. Das ist nun auch solche Sache. Einige Leute sagten, sie hätten ihn gekannt, er sei ein anständiger Mann gewesen, das wäre ihm nicht zuzutrauen. Aber schließlich — wer speculirt nicht einmal! Es passiren ja alle möglichen Sachen heut zu Tage.

Wir rühmen uns nicht des „Privilegiums für Sittlichkeit und Christenthum", das nach Herrn v. Kröcher den Conservativen zukommt, aber wir sind sicher, daß keiner unserer Freunde eine solche Sache so in der Oeffentlichkeit behandelt hätte. Was die praktische Bedeutung der Erklärung anlangt, so ist sie gleich Null. Daß Herr v. Kröcher, gerade er und er allein, im „Kreuzzeitungs-Comité mit Herrn von Hammerstein aufräumen wollte, hat man gewußt und ist erst kürzlich wieder von dem Blatte, das sich über die Angelegenheit stets am besten unterrichtet gezeigt hat, hervorgehoben worden. Im Uebrigen bleibt die Beschuldigung bestehen, daß die Conservativen eine von ihnen als eximirt erkannte Persönlichkeit Monate hindurch als Vertreter der conservativen Sache haben wirken lassen.

Wenn vorhin die parlamentarische Thätigkeit eine lebhafte genannt wurde, so will das nur so verstanden sein, daß viel parlamentarischer Stoff in der Erledigung begriffen ist, nicht, daß im Reichstag Lebhaftigkeit herrsche. Das war am Donnerstag nur ausnahmsweise der Fall, als der Präsident zuließ, daß zwei Abgeordnete sich — schimpften, ja den einen zum Gebrauch eines unparlamentarischen Ausdrucks beinahe nöthigte, indem er eine wider ihn geschleuderte Beleidigung ungerügt ließ. In puncto Geschäftsleitung ist überhaupt dieser Reichstag seit dem 23. März eine chambre introuvable. Der „Gewinn" unseres politischen Lebens aus dem Zusammenstoß Kardorff-Barth ist, daß eine Verdächtigung mehr die parlamentarische „Sanction" erhalten hat.

Man hat es da und dort einem Theile der Presse, zu dem auch wir gehörten, verdacht, daß er die kaiserliche Verurtheilung der vaterlandsschändenden socialdemokratischen Rohheit nicht mit der Aufforderung zu einer neuen gesetzgeberischen Action gegen die Socialdemokratie beantwortet hat. Wir hatten gute Gründe zu unserem Verhalten. Diejenigen aber, die nicht damit zufrieden waren, sollten doch fragen, wie es mit dem Anklang einer viel älteren Kundgebung des Kaisers steht, die von aller Welt und insbesondere auch vom Fürsten Bismarck als der Wunsch nach einer Umkehr in der Polenpolitik verstanden worden ist. Hier scheint man lau geblieben zu sein, obwohl es zum Schutz des Deutschthums im Osten nicht der Zustimmung des Reichstags bedarf. Was ein Vertreter des Herrn von Stephan und später dieser selbst dem polnischen Ansinnen, den deutschen Postbeamten den Beitritt zum deutschen Verein in den Ostmarken zu verbieten, entgegengesetzt hat, klingt in der That wie ein halbes Verbot dieser Art und wird es nicht unbegreiflich erscheinen lassen, wenn deutsche Postbeamte im Osten die vor Jahresfrist von einem Minister des Kaisers jedem Deutschen ans Herz gelegte Pflicht, seine Nationalität zu vertheidigen, einer Specialpflicht unterordnen zu müssen glauben.

Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 25. Januar. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises Solingen, Schuhmacher, ist, wie bereits mitgetheilt, nicht nur aus dem socialdemokratischen Volksverein in Solingen ausgeschlossen worden, sondern auch der rheinische Parteitag erklärte (mit 52 gegen 32 Stimmen) Schuhmacher für unwürdig, fernerhin ein Vertrauensamt in der Partei zu bekleiden. Der Ausgeschlossene wäre nun moralisch verpflichtet, sein Reichstagsmandat niederzulegen; das wird er aber bei seiner bekannten Zähigkeit nicht thun, sondern vielmehr gegen das Urtheil an den nächsten Parteitag der Gesammtpartei appelliren. Schuhmacher war ursprünglich Handlungscommis, dann wurde er Compagnon des Lederhändlers Dietzgen, des „Philosophen" der Partei, wie ihn Liebknecht genannt. Später übernahm Schuhmacher allein das Dietzgen'sche Geschäft. Seit dem Jahre 1884 ist Schuhmacher von den „Genossen" in Solingen ununterbrochen in den Reichstag gewählt worden und zwar in Folge seines großen Einflusses, den er auf die Gewerkschaften ausübt, da er als Lieferant Gläubiger einer ganzen Anzahl von Schuhmachern, Messerarbeitern 2c. ist. Mit den im „Volksverein" organisirten politischen „Genossen" steht er schon seit einer Reihe von Jahren in einem erbitterten Kampfe, und ebenso liegt er beständig im Streit mit dem von diesen inspirirten Parteiorgan, der „Bergischen Volksstimme", so daß er sich einmal zu Thätlichkeiten gegen einen Redacteur dieses Blattes hat hinreißen lassen. Der Führer der „Unabhängigen" in Solingen ist, abgesehen vom Redacteur des Parteiorgans, der Vorsitzende des dortigen Freidenkervereins, Cartenfabrikant Schreiner. In letzter Zeit hat Schuhmacher sich noch dadurch bei seinen Parteigenossen unbeliebt gemacht, daß er auf die Auflösung des „Volksvereins" und auf eine versöhnlichere Stellung gegenüber der Regierung hinarbeitete, letzteres unter der Motivirung, daß Solingen doch der Waffenlieferungen wegen von der Regierung abhängig sei. Das „Volksblatt für Brandenburg", das jetzt von dem früheren Redacteur der „Berg. Volksst.", Theodor Huth, redigirt wird, bemerkt hierzu, daß Schuhmacher so schnell wie möglich abgesägt werden müsse. Das Centralorgan der Partei, der „Vorwärts", dessen Hintermänner mit Schuhmacher eng befreundet sind, hat zu dem jüngsten Streit und dessen Ausgang noch keine Stellung genommen. Bei der letzten Reichstagswahl waren die „Genossen" in Solingen so gespalten, daß sie zwei Candidaten aufstellten: Schuhmacher und den Messerarbeiter Schaal. Letzterer mußte unterliegen, da die Parteileitung mit Hochdruck für Ersteren arbeitete. Auch mit ihrem früheren Vertreter, dem Kölner Rentner Rittinghausen, hatten die Solinger Socialdemokraten Pech. Rittinghausen, der als Demokrat der Nationalversammlung angehört hatte, trat später der socialdemokratischen Partei bei und wurde 1881 in den Reichstag gewählt. In der Fraction nahm er wiederholt eine Sonderstellung ein, was man ihm mit Rücksicht auf seinen großen Reichthum, der ihm gestattete, auf Diäten zu verzichten, verzieh. Als er aber in der spanischen Zollfrage sich nicht der Meinung der Fraction unterordnen wollte, schloß ihn diese aus der Fraction und Partei aus. Die Gegner Schuhmacher's haben, wie uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, als Candidaten bei der nächsten Reichstagswahl den badischen Landtagsabgeordneten Dr. Rüdt in Aussicht genommen, der durch seine Vorträge über das Freidenkerthum in Solingen sich bereits einen gewissen Anhang erworben hat.

* **Berlin**, 25. Januar. Die Unzulänglichkeit des Herrn von Buol als Präsident des Reichstags, die zu beschönigen bezeichnender Weise das socialdemokratische Centralorgan sich angelegen sein läßt, wird jetzt auch schon im freisinnigen Lager sehr lästig empfunden und entsprechend kritisirt. So schreibt, in Anknüpfung an den bekannten Zwischenfall von Kardorff-Barth, die „Voss. Ztg.":

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es die Aufgabe des Präsidenten von Buol-Berenberg gewesen wäre, sofort einzugreifen und die strengste Rüge über Herrn von Kardorff zu verhängen, die die Geschäftsordnung zuläßt. Der Präsident hat den Verhandlungen aufmerksam zu folgen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ist er dazu nicht willens oder nicht befähigt, so sind die Mitglieder auf die Selbsthülfe angewiesen, und dann ist zu gewärtigen, daß man gelegentlich von Beleidigungen durch Worte vielleicht gar zu thätlichen Angriffen übergeht. Ob der Abgeordnete von Kardorff Herrn Barth „infame Lüge" vorwirft oder ihn einen „infamen Lügner" nennt, ob er solche Ausdrücke unter einer Bedingung, zumal einer, die zu stellen er gar kein Recht hat, oder unbedingt gebraucht, ist völlig einerlei; das würde Herr Landgerichtsrath von Buol als Strafrichter wissen, er hätte es auch als Präsident des Reichstages wissen müssen. Aber der Präsident war der Lage überhaupt nicht gewachsen. Es muß bedauert werden, daß er selbst nicht genau hörte, was doch der ganze Reichstag hörte und was auch auf den Zuhörertribünen deutlich verstanden wurde. Nicht der Lärm im Hause war die Ursache, daß Herr von Buol die Aeußerung nicht auffaßte, die den schärfsten Ordnungsruf herausfordernde. Einwendungen, die von Anfang an gegen die Wahl des Herrn von Buol zum Präsidenten erhoben wurden, gewinnen durch die Vorgänge in der Sitzung des Reichstags am Donnerstag an Gewicht. Man hat berichtet, das Centrum habe für die Stelle des ersten Präsidenten ursprünglich nicht Herrn von Buol, sondern Herrn Spahn vorschlagen wollen und sei selbst durch den von dem damaligen Vicepräsidenten von Buol erhobenen Anspruch, Nachfolger des Herrn von Levetzow zu werden, unangenehm überrascht worden. Wir glauben, daß bei einer späteren Neuwahl des Präsidiums eine größere Rücksicht auf die Eignung zu dem Amte als auf persönliche Wünsche zu nehmen wäre. Das erfordert das Interesse des Reichstags und der parlamentarischen Ordnung."

Auslassungen wie die vorstehende wären vor Kurzem wohl von der „Voss. Ztg." selbst als „mittelparteiliche Bosheiten" „gebrandmarkt" worden.

* **Berlin**, 25. Januar. Ueber die so plötzlich aufgetauchten großen Marinepläne füllen die Blätter des Centrums, wie vorauszusehen war, ein äußerst absprechendes Urtheil. Die „Köln. Volksztg." erklärt, daß es ebenso aussichtslos sei, dem Reichstage damit zu kommen, wie ihn aufzulösen, wenn es wirklich nicht blos auf eine angemessene Vermehrung der Kreuzer, sondern auf die Schaffung einer großen Kriegsflotte abgesehen sein sollte. Das Schlimmste aber, was uns passiren könnte, wäre der Uebergang zu einer „Weltpolitik":

„Das deutsche Volk will von Ebenisseren irgend welcher Art nichts wissen und eine „Weltpolitik", zu deren Durchführung das deutsche Reich, das bereits die schwerste Waffenrüstung zu Lande trägt, nun auch noch zur See den großen Seemächten, namentlich England, ebenbürtig gemacht werden müßte, würde das bedenklichste aller Abenteuer sein."

Der Uebereifer der Befürworter jener Pläne trägt nicht dazu bei, die Abneigung des Centrums zu vermindern. So wird gesagt, die 300—400 Millionen, die zum Bau von zwanzig gepanzerten Kreuzern nöthig sein würden, brauchten nicht durch neue Steuern aufgebracht zu werden, es genüge dazu eine Convertirung der 4- und 3½ proc. Anleihen und eine höhere Besteuerung der Lotterien. Man vergißt dabei nur, wie die „Magdeb. Ztg." mit Recht hervorhebt, daß es Reichslotterien nicht giebt und Staatslotterien nur in einzelnen Staaten. Die Einführung einer Reichslotterie zur Beschaffung eines Theiles der Mittel für Marinezwecke würde auf ernste Bedenken stoßen. Bei der Convertirung kämen für das Reich 450 Millionen 4 procentige und 780 Millionen 3½ procentige Papiere in Frage. Convertirte man sie in 3 procentige Consols, so würde sich eine Zinsersparniß von jährlich etwa 8½ Millionen Mark ergeben. Daß die Zinsverkürzung wie eine Erhöhung der directen Besteuerung wirken muß, liegt auf der Hand, und da von ihr eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Existenzen hart betroffen werden würde, so hat man sich bisher an maßgebender Stelle zu der Convertirung mit Recht nicht verstehen können, wie oft und wie laut sie auch gefordert wurde. Es würde politisch ein schwerer Fehler sein, sie jetzt für Marinezwecke in Scene zu setzen. Wenn ein kleiner Rentner um 25 Procent in seinen Rentenbezügen gekürzt wird, würde er sich wohl fragen, ob dann nicht mit eben demselben oder größerem Rechte ein entsprechender Steuerzuschlag auf die großen Einkommen gefordert werden könnte. Aber die Zinsersparniß reicht nicht einmal aus, um die Zinsen einer neuen 300 bis 400 Millionenanleihe zu decken, und die 30—40 Millionen, die die Instandhaltung einer so großen Zahl neuer Schiffe jährlich beanspruchen würde, sind dabei auch noch außer Betracht gelassen. Sind die maßgebenden Stellen über die Vermehrung unseres Flottenbestands einig, so müssen auch auf dem ordnungsmäßigen Wege die Mittel aufgebracht werden, wie das bisher geschehen ist. Man darf auch nicht vergessen, daß 20 neue Panzerkreuzer nicht über Nacht vom Stapel gelassen werden können. Bereits vom Reichstage bewilligte Bauten haben zurückgestellt werden müssen, weil an den Constructionsplänen noch Aenderungen vorgenommen werden mußten. Wenn die jetzt in den Etat eingestellten Forderungen bewilligt werden, würde die Marineverwaltung zwei Panzer 1. Classe, einen Kreuzer 1. Classe, fünf Kreuzer 2. Classe erhalten. Schon diese Bauten werden unseren Werften, den staatlichen wie den privaten, reichlich zu schaffen machen.

* **Berlin**, 25. Januar. Die Mitglieder des „engeren Vorstandes" des Bundes der Landwirthe, die Herren v. Plötz, Dr. Rösicke, Lutz und Dr. Suchsland, erlassen mit Bezug auf die Reichstagsverhandlung über den Antrag Kanitz eine großspurige „Erklärung". Dieser zufolge haben der Staatssecretair von Marschall und der Landwirthschaftsminister von Hammerstein-Loxten den Antrag abgelehnt, „ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, die eingehende, insbesondere vom Grafen Schwerin-Löwitz im Sinne des Bundes neugegebene sachliche und wissenschaftlich vertiefte Begründung zu widerlegen". Wer die Reden einerseits des Herrn von Marschall, andererseits des Grafen Schwerin gelesen hat, wird diese Phrase zu würdigen wissen. Nachdem die vier Herren weiter constatirt haben, daß Herr von Plötz durch den Schluß der Debatte am Reden verhindert worden sei — warum haben die Antragsteller denn nicht ihn anstatt des Abg. Liebermann von Sonnenberg zum Schlußwort vorgeschickt? — folgt eine für weitere Kreise gleichgiltige Auseinandersetzung darüber, welchen Antheil Herr von Plötz und andere Angehörige des Bundes an dem Antrag Kanitz haben. Dann heißt es in der Erklärung:

„Der Herr Minister v. Hammerstein hielt es „als guter Patriot für seine Pflicht", die Agitation des Bundes, die dieser für die Lösung des Problems der Privatbindung betreibe, für gemeingefährlich und mit der Pflicht eines jeden loyal denkenden Unterthanen unvereinbar zu erklären. Im Namen aller Vertreter des Bundes der Landwirthe bestreiten wir dem Minister von Hammerstein das Recht, sich zum Richter über unsere Königstreue aufzuwerfen. Nur Gott und unser Gewissen kann darüber unser Richter sein. Uns gegen den Vorwurf der Gemeingefährlichkeit eingehend zu vertheidigen, werden ernste Politiker von uns nicht erwarten. Auf bedauerlich bleibt aber eine solche gedrängte Verdächtigung ehrlich kämpfender Männer aus dem Munde eines preußischen Ministers, da durch sie die nothwendige Erörterung der großen, die Zeit bewegenden Fragen nicht gefördert, sondern vergiftet wird."

Die Herren von Plötz und Genossen beklagen sich darüber, daß die politische Erörterung vergiftet werde. Wie oft das Citat von den über Aufruhr klagenden Grachen auch schon da war, hier drängt es sich unabweisbar auf. (Nat.-Z.)

Y. **Berlin**, 25. Januar. (Telegramm.) Der Kaiser empfing gestern Nachmittag um 4 Uhr den Besuch der Kaiserin Friedrich. Um 6 Uhr fand die Abendtafel bei den Majestäten statt und um 7 Uhr wohnte der Kaiser dem bereits erwähnten Vortrage in der militairischen Gesellschaft bei. Nach demselben begab sich der Monarch zu dem Chef des Marinecabinets, Freiherrn von Senden-Bibran, von wo die Rückkehr nach dem königlichen Schlosse um 11 Uhr erfolgte. Heute Vormittag nahmen die Majestäten das Frühstück bei der Kaiserin Friedrich ein. Zurückgekehrt nach dem königl. Schlosse, hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Geheimen Civil-Cabinets, des Chefs des Generalstabes und des Chefs des Militair-Cabinets. Um 12 Uhr Mittags gedachte sich der Kaiser nach dem königl. Opernhause zur Probe von lebenden Bildern zu begeben und Abends um 6½ Uhr einem Vortrage des Professors Slaby in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg beizuwohnen.

Y. **Berlin**, 25. Januar. (Telegramm.) Zum Geburtsfeste des Kaisers wird auch in diesem Jahre eine große Zahl von Fürstlichkeiten in Berlin anwesend sein. Außer dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, sowie dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe, Regent des Fürstenthums Lippe, und der Frau Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe, die bereits in Berlin weilen, treffen heute Abend der Fürst von Hohenzollern und der Großherzog und die Großherzogin von Baden in Berlin ein. Am Sonntag kommen der Reihe nach hier an: die Landgräfin und die Prinzessin Schwäle von Hessen, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden, der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, der König von Sachsen und die Prinzen Friedrich August und Johann Georg von Sachsen, der Großherzog von Sachsen, der Herzog und die Herzogin Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Anhalt, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, der König und die Königin von Württemberg, sowie die Prinzessin Pauline von Württemberg, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen und der Fürst zu Waldeck und Pyrmont. Ferner werden am Sonntag im Laufe des Tages noch eintreffen: der Erbprinz Reuß j. L., Prinz Heinrich von Hessen und die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin.

⋇ **Berlin**, 25. Januar. (Telegramm.) Die Nagelung und die Weihe der dem Leib-Infanterie-Bataillon und dem Leib-Kürassier-Regiment „Großer Kurfürst" (Schlesisches Nr. 1) zu verleihenden neuen Fahne resp. Standarte findet morgen (Sonntag) Vormittags 11 Uhr im Neuen Palais statt. Die Nagelung erfolgt durch den Kaiser nebst Gefolge, die Weihe im Sterbezimmer des Kaisers Friedrich durch den Divisionspfarrer Kessler in Gegenwart des Divisionspfarrers Hoffrichter.

— Zum Geburtstage des Kaisers schreibt das „Militair-Wochenbl.":

„Mitten in die erhebende Feier der großen Tage des französischen Feldzuges, der Wiederaufrichtung des geeinten deutschen Reiches tönen diesmal die Glocken, donnern die Kanonen, klingen die Jubelrufe zu unseres Kaisers Geburtstag. Jedes deutsche Kriegerherz hat höher geschlagen, als unser Allerhöchster Kriegsherr den Anspornen zur Nacheiferung der Heldenthaten von 1870/71 gab, als er unsere Fahnen mit den Bande der Kriegsdenkmünze und mit dem grünen Laub der deutschen Eiche schmückte, als er auf dem Schlachtfelde von Vöeth das Denkmal seines Feldherrn-Vaters enthüllte und am Tage von Gravelotte-St. Privat den Grundstein zum National-Denkmal für den großen Kaiser legte. „Was machte die große Kraft unserer Armee aus?" rief der Allerhöchste Kriegsherr im Anbruchen an den ersten Kaiser am 18. August der 1. Garde-Infanteriebrigade zu. „Es war die unbedingte Hingabe an einen Willen, den ihres obersten Kriegsherrn. Unerschütterlich sollen daher für uns die drei Tugenden bestehen, welche der Verewigte selbst als die drei Hauptsäulen seiner Armee bezeichnete: die Tapferkeit, das Ehrgefühl und der unbedingte Gehorsam. Lassen Sie uns diese drei Eigenschaften mit unermüdlicher Arbeit aufrecht erhalten und kräftigen, dann wird unsere Armee Das bleiben, wozu sie Kaiser Wilhelm der Große geschaffen hat." Ja, das gelobt die Armee zu halten! Denn unser Kaiser geht uns darin voran!"

— Von der Socialdemokratie wird dem Arbeiter regelmäßig vorgeredet, daß unter der Herrschaft des „Capitalismus und Mammonismus" es dem Arbeiter nicht möglich sei, sich aus dem Proletarierthume emporzuarbeiten, weder in Bezug auf Vermögen, noch in Bezug auf socialer Stellung. Demgegenüber sprechen die Thatsachen ihr gewichtiges Wort. So weist jetzt die „Post" darauf hin, daß der soeben verstorbene Geheime Commerzienrath Schichau in Elbing seine Laufbahn als einfacher Schlosserlehrling begonnen hat. Er hat sich durch hervorragende Tüchtigkeit von diesem bescheidenen Anfange bis zu dem Eigenthümer einer großen weltberühmten Schiffs- und Maschinenbauanstalt emporgearbeitet. Aus dem einfachen Arbeiter ist ein sehr reicher Mann und der Arbeitgeber einer nach Hunderten zählenden Arbeiterschaft geworden.

— Der Abgeordnete der deutsch-socialen Reformpartei Dr. Paul Förster erläßt folgende Erklärung: „Die Zeitung „Frei-Deutschland" ist aus dem Verlage einer Gesellschaft m. b. H. die aus Parteigenossen bestand, in die Hand eines einzelnen Besitzers übergegangen, der nicht verpflichtet ist, sie im Sinne unserer Grundsätze und Forderungen fortzuführen, die Zeitung darf sich also nicht mehr mit Fug und Recht als unser „Parteiblatt" ausgeben. Aus diesem Grunde habe ich auch untersagt, daß mein Name als der des „Begründers" der Zeitung fernerhin im Kopfe der Zeitung geführt werde; und wenn er dort weiter stehen sollte, so geschieht das durch Mißbrauch."

* **Helgoland**, 24. Januar. Der Kaiser hat dem hiesigen Commandanten Capitain z. S. Stubenrauch ein Aquarellbild des neu erbauten, im Herbst vor. Jahres in Betrieb genommenen Reichspostgebäudes auf Helgoland zur Ausschmückung der Commandantur übersandt.

* **Stettin**, 24. Januar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam, wie die „Stett. Ztg." berichtet, ein Antrag zur Berathung, der sich auf die Belastung der größeren Communen durch das vorgeschlagene Lehrerbesoldungsgesetz bezieht. Die Dringlichkeit wurde ausgesprochen, und nun verlas der Vorsitzende den Antrag, welcher dahin geht, „die Versammlung wolle die Einsetzung einer gemischten Commission beschließen zur Berathung über Mittel und Wege, um den Schaden abzuwenden, welcher der Stadt durch das Lehrerbesoldungsgesetz, speciell durch §. 25 desselben, droht." Nach §. 25 hat der Staat den Communen nur Zuschüsse zu zahlen für 25 Lehrer. Die der Stadt Stettin bei Durchführung des Gesetzes zufallende Belastung wird sich auf ca. 90 000 ℳ belaufen. Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag einer gemischten Commission zu überweisen. Der Antrag fand keinen Widerspruch.

* **Thorn**, 24. Januar. Die Polen verfolgen jetzt den Grundsatz, bei Strafprocessen jeden Richter als befangen abzulehnen, der Mitglied des Vereins zum Schutze des Deutschthums ist. Hier mußte aus diesem Grunde ein Termin aufgehoben werden, da keine Richter zur Stelle waren, die über die Zulässigkeit des Einspruches hätten entscheiden können. Es handelte sich um die Beleidigungsklage eines Kaufmanns gegen einen Besitzer, der dem Kaufmann durch Postkarte mitgetheilt hatte, er könne sein Kunde nicht bleiben, weil der Kaufmann Mitglied jenes Vereins geworden sei.

* **Posen**, 24. Januar. Mit einem Schmerzensseufzer gedenkt der „Dziennik Poznanski" der nun zehnjährigen Thätigkeit der Ansiedelungs-Commission. Er entnimmt der neuesten Nachweisung darüber die Angabe, daß die Commission bis zum Ende des Jahres 1895 127 Güter im Umfange von 85 800 ha gekauft und 43 Güter mit deutschen Colonisten besiedelt hat. Das Blatt bemerkt am